

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

	Datum	Absender	Thema
1.	25.10.2017		Kündigungsschutz für ehrenamtliche Richter aufnehmen
2.	25.10.2017	Hessischer Kanuverband	Ergänzung des Artikels 62 a HV um den Satz: "Im Widerstreit der Sportziele mit gegenläufigen Interessen müssen sie mit dem Ziel ihrer Optimierung zu einem angemessenen Ausgleich gebracht werden."
3.	18.10.2017	BUND Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherung einer Grundversorgung durch das Land Hessen und die Kommunen (Abschnitt soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten): „Das Land Hessen und die Kommunen sichern eine öffentliche Grundversorgung für die Daseinsvorsorge durch eigene wirtschaftliche Betätigung. Hierzu zählt insbesondere eine grundlegende soziale Absicherung, die Versorgung mit umwelt- und klimafreundlich erzeugter Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, öffentlicher Personennahverkehr, Sparkassen, Kindergärten und Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser und Altenheime sowie kulturelle Einrichtungen.“ • Klimaschutz als Ziel und Aufgabe (Abschnitt II. Umweltschutz): „Der Schutz des Klimas und die Vorsorge vor Auswirkungen von Klimaveränderungen sind Pflicht des Landes Hessen und der Gemeinden. Das Nähere regelt ein Gesetz.“ • Absicherung des Atomausstiegs: „Der Betrieb von Atomanlagen zur Energieerzeugung ist verboten.“
4.	11.9.2017		Aufnahme eines neuen Artikels: „Spätestens 30 Tage nach der Wahl tritt der neu gewählte Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Wird innerhalb der darauf folgenden drei Monate keine Landesregierung gewählt und vereidigt, so erlischt auch das Mandat des Landtags. Bis zur Neuwahl, die innerhalb von 60 Tagen stattfinden muss, übernimmt der aufgelöste Landtag die Geschäfte der Volksvertretung.“
5.	4.9.2017		Verbot der Privatisierung öffentlichen Eigentums
6.	4.9.2017		Keine generelle Senkung der Schranken für Volksabstimmungen; Politik sollte mittels Volksabstimmung aufgefordert werden können, zu einer bestimmten Sachlage Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die dann nach Volksentscheid umgesetzt werden müssen
7.	4.8.2017		Aufnahme der Grundsätze der Art. 1-6-17-21-38-41-47 bis 54 Charta der Grundrechte der EU und des Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966
8.	3.8.2017		Möglichkeit zur Abmahnung bei schädigenden Parlamentarier/Ministerpräsidenten-Entscheidungen durch eine unabhängige Volks-Gruppe einführen; mögliche Volksabstimmung bei Missachtung der

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

			Abmahnung
9.	25.7.2017	Grüne Jugend Hessen / Ben Seel	<ul style="list-style-type: none"> - Verankerung des Rechts auf Bildung sowie des Ziels gebührenfreier und demokratischer Bildung; - Bildungsziele an heutige Zeit anpassen: In Art. 56 sollte eindeutig das Recht auf Bildung in der Form: „Jede*r hat das Recht auf Bildung“ eingeführt werden. Art. 56 Abs. 3 wie folgt fassen: „Bildung und Erziehung haben die Aufgabe, die Entwicklung der Persönlichkeit, selbstständiges Denken und Handeln, Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme, Achtung vor der Würde, dem Glauben und den Überzeugungen anderer, Anerkennung der Demokratie und Freiheit, den Willen zu sozialer Gerechtigkeit, Friedfertigkeit und Solidarität und die Verantwortung für Natur und Umwelt zu fördern.“ - Geschichtsunterricht im modernen Verständnis: Art. 56 Abs. 5, wie folgt fassen: „Der Geschichtsunterricht trägt zur kritischen Reflexion der Geschichte bei. Sozial-, Kultur- und Bewegungsgeschichte stehen neben der politischen Geschichte im Vordergrund. Nicht zu dulden sind Auffassungen, welche die demokratische Gesellschaft gefährden.“ - Art. 56 Abs. 6: Mitgestaltungsmöglichkeit für Schüler definieren, nicht das Eingriffsrecht der Erziehungsberechtigten. - Art. 59 wie folgt fassen: „(1) Jedes Kind und jeder Erwachsene hat das Recht auf unentgeltliche Bildung und Ausbildung. Dieses Recht gewährleisten Staat, Gemeinden und Gemeindeverbände durch öffentliche Einrichtungen. Gewährleistet wird auch die Vielfalt öffentlicher Bildungseinrichtungen. (2) In allen öffentlichen KiTas, Schulen und Hochschulen ist die Betreuung und der Unterricht unentgeltlich. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel. Das Gesetz muss vorsehen, dass für Kinder sozial Schwächergestellter Finanz- und Sachleistungen bereitgestellt werden, so dass den Kindern kein Nachteil entsteht. (3) Der Zugang zu Schulen und Hochschulen ist unabhängig von finanziellen Voraussetzungen.“ - Allgemeiner Ethik- und Religionsunterricht statt konfessionell getrenntem Religionsunterricht. Formulierung von Art. 57: „(1) Der Allgemeine Religions- und Ethikunterricht ist ordentliches Lehrfach. Er wird nicht konfessionsgebunden zu allen religiösen Bekenntnissen unterrichtet. (2) Der konfessionsorientierte Religionsunterricht ist ein freiwilliges Zusatzangebot. Die Lehrperson ist im konfessionsorientierten Religionsunterricht unbeschadet des staatlichen

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

			Aufsichtsrechts an die Lehren und Ordnungen seiner Kirche oder Religionsgemeinschaft gebunden. (3) Diese Bestimmungen sind sinngemäß auf die Weltanschauungsgemeinschaften anzuwenden.“
10.	25.7.2017		Recht auf informationelle Selbstbestimmung – einschließlich Zweckbindung und Datenminimierung; Recht auf Transparenz und Informationsfreiheit gegenüber allen hessischen Landes- und Kommunalbehörden; Selbstbestimmungsrecht auf analoges Leben
11.	18.7.2017		Neuer Landesname: „Republik Hessen“ oder „Freistaat Hessen“; Umbenennung der Amtsbezeichnung „Ministerpräsident“ in „Präsident der Republik“ oder „Staatspräsident“
12.	1.7.2017		Verpflichtung von Bürgermeistern, Landräten, Ministerpräsidenten während ihrer Amtszeit sämtliche politischen Ämter ruhen zu lassen
13.	25.6.2017		Einführung eines Allgemeinen Grundeinkommens: „Art. XX [1] Der Bundesstaat Hessen ermöglicht allen seinen Bürgern, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesstaat Hessen halten und Deutsche i.S. des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sind, den Bezug eines Allgemeinen Grundeinkommens, dessen Höhe von einer Kommission festgelegt wird und gegebenenfalls der wirtschaftlichen Rahmensituation entsprechend jährlich angepasst wird. [2] Mit diesem Allgemeinen Grundeinkommen für den Bundesstaat Hessen soll es seinen Bürgern ermöglicht werden, ein entsprechend Art. 1 GG der Bundesrepublik Deutschland menschenwürdiges Leben führen zu können. Dazu gehören die gesellschaftliche Teilhabe und die Garantie, unabhängig von Wohnort und Qualifikation in Hessen ein Mindestmaß an sozialer Augenhöhe zu halten. Zudem soll so der hessische Bundesstaat als Ganzes seinen Bürgern ähnliche Lebensbedingungen garantieren können, von Nord nach Süd, von West nach Ost. [3] Das Nähere regelt ein Landesgesetz. Dazu zählen insbesondere die Frage der Finanzierung, sowie die Umsetzungsmodalitäten.“ Alternativer Vorschlag: Willensbekundung, den Vorschlag – auch gegenüber anderen Bundesländern – zur Diskussion zu stellen.
14.	25.6.2017		Verbote von - Vermummung - Religiös motivierter Kleidung

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

			<ul style="list-style-type: none"> - Massentierhaltung, Einsatz von Antibiotika - Pestiziden - Neubau von Moscheen <p>Ausbau des Nahverkehrs Förderung erneuerbarer Energien</p>
15.	22.6.2017		Keine Trennung von Religions- und Ethikunterricht an Schulen mehr; Gewährung von mehr Handlungsspielraum für Schulen oder Festlegung eines Fachs, das sich mit ethischen und religiösen Fragen beschäftigt, z.B. „Werte und Normen“, wie in Niedersachsen.
16.	22.6.2017		<ul style="list-style-type: none"> - „Gleitendes Quorum“ für Volksabstimmungen, d.h. je größer der Abstand zwischen Ja- und Nein-Stimmen im Abstimmungsergebnis desto geringer ist das nötige Quorum - Senkung der notwendigen Unterschriftenzahl für die Durchführung von Volksbegehren - Abschaffung der 5-Prozent-Klausel bzw. Ersetzung durch eine Ein-Prozent-Klausel - Vorgabe, dass sich alle Menschen an das Sittengesetz zu halten haben (analog Art. 2 (1) GG) unter Verweis auf den Geist des klassischen Humanismus. Anti-humanistische Gesinnungen seien zu ächten. Man solle wörtlich den Satz Goethes aufnehmen: „Jeder sei auf seine Art ein Grieche! Aber er sei's!“. - Religionen und Weltanschauungen, die sich dem Geist des klassischen Humanismus und/oder einem rückhaltlosen Vernunftgebrauch verweigern, sollen lediglich persönliche, nichtöffentliche, nicht-gemeinschaftliche Glaubensfreiheit genießen - Ersetzung des konfessionellen Religionsunterrichts durch ein gemeinsames Fach „Humanismus“ - Deutsch als Landessprache - Pflege und Erhaltung der deutschen Sprache und der hessischen Dialekte
17.	25.4.2017	Verein zur Erhaltung der mittelhessischen Mundart und Kultur	Aufnahme des Schutzes der hessischen Dialekte
18.			Schutz der Dialekte
19.	20.6.2017		Nachhaltige Forstwirtschaft; Bepflanzung sanierter und neuer Straßen mit Bäumen
20.	20.6.2017		Möglichkeit einführen, eine Partei bei einer Wahl zu schwächen
21.	22.6.2017		Streichung Art. 159 (Vorbehalt für Recht des Kontrollrats und der Militärregierung)

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

22.	17.6.2017		Streichung Art. 159 (Vorbehalt für Recht des Kontrollrats und der Militärregierung)
23.	16.6.2017		Streichung Art. 159 (Vorbehalt für Recht des Kontrollrats und der Militärregierung)
24.	16.6.2017		„Recht auf Mobilität“ als Grundrecht
25.	13.6.2017		<ul style="list-style-type: none"> - Beibehaltung Wahlalter - Einführung eines Hessischen Jugendparlaments mit Vertretern aus den Kreisen - Kostenlose Bildung, v.a. Studiengänge - Unterstützung von bedrohten Vereinen zur Erhaltung der Kultur (Trachtenvereine, Stenografenvereine) - Direktwahl Ministerpräsident - Direktwahl der Landräte beibehalten
26.	27.9.2017		Aufnehmen, dass Inklusion als Konzept einer Gesellschaft ein Ziel allen staatlichen Handelns sein muss
27.	8.6.2017		Vollständige Umsetzung der Inklusion im Sinne der UN-BRK
28.	7.6.2017		Natur- und Klimaschutz aufnehmen
29.	15.6.2017		Natur- und Klimaschutz aufnehmen
30.	7.6.2017		Einrichtung eines Zweikammerparlaments (Landtag und neuer „Senat“ auf Ebene der kommunalen Körperschaften)
31.	7.6.2017		<ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft - Änderungen im Asylrecht
32.	3.6.2017		Aufnahme eines Staatsziels „Lärmschutz“ (mit Ausnahme des von Kindern und Jugendlichen bei Spiel und Sport verursachten Lärms)
33.	1.6.2017		Aufnahme eines Rechts auf Analogität
34.	24.5.2017		Bedingungsloses Grundeinkommen als Staatsziel
35.	19.5.2017		Ablehnung der Formulierung in dem Vorschlag der CDU-Fraktion zur Präambel, wonach sich Hessen die Verfassung u.a. in dem Willen gegeben hat, einem vereinten Europa und der Welt zu dienen
36.	12.5.2017		<ul style="list-style-type: none"> - Begriff „Rasse“ in Art. 1 streichen - Todesstrafe in Art. 21 und Art. 109 (1) 3. Satz streichen

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

			<ul style="list-style-type: none"> - Art. 57: „(1) Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach. Die Teilnahme ist verpflichtend. Er vermittelt Kenntnisse über die Prinzipien aller Religionen und ethische Werte. (2) Religionslehrer unterliegen nur der Aufsicht des Schulamts. (3) Die weiterführende individuelle religiöse Unterweisung obliegt den Eltern.“ - Art. 58: entfällt - neuer Artikel nach Art. 47: Alle staatlichen Aufgaben zur Organisation eines friedlichen und sozialen Gemeinwesens, wie Bildung, Gesundheit, Polizei und Rechtsstaatlichkeit, Infrastruktur und Versorgung mit Energie und Trinkwasser dürfen in keinem Fall privatisiert werden.
37.	11.5.2017		Prüfen, ob das Land Hessen Fördermittel zur Entfernung von Beschmierungen an Wänden, Brücken etc. bereitstellen kann
38.	9.5.2017		Ergänzung etwa in Art. 56: „Grundsatz einer jeden Schule ist demokratische Bildung. Jede/r Schüler/in hat das Recht auf ein selbst bestimmtes Lernen. Schüler/innen und Lehrer/innen sind bei der Gestaltung der Lernumgebung gleichberechtigt.“
39.	5.5.2017		Möglichkeit aus dem Staat auszutreten in die Staatenlosigkeit; Abschaffung der Schul- und Impfpflicht
40.	4.5.2017		Aufnahme einer Bestands- und Entwicklungsgarantie für ein öffentlich-rechtliches Rundfunk- und Fernsehsystem
41.	4.5.2017		Aufnahme einer Regelung: „Auf dem Gebiet des Landes Hessen haben die dort lebenden indigenen Tierarten und Pflanzenarten das Recht auf eine naturnahe Existenz. Natürliche und naturnahe Lebensräume sind in ausreichender Größe zu erhalten und zu pflegen, falls erforderlich zu gestalten um die genetische Existenz der Arten zu gewährleisten. Die Pflege sollte die Einwirkungen durch Nutzungen, Emissionen und verhinderte natürliche Prozesse ausgleichen.“
42.	8.9.2017		Gottesbezug in Präambel aufnehmen: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen sowie in Achtung der Freiheit des Gewissens...“
43.	6.10.2017	Evangelisches Dekanat Dreieich	Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
44.	6.9.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
45.	5.9.2017	Pfarrgemeinderat der katholischen Pfarrei St. Ursula, Oberursel	Gottesbezug in Präambel aufnehmen: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen sowie in Achtung der Freiheit des Gewissens...“

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

46.	28.8.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
47.	28.8.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
48.	27.8.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
49.	8.8.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
50.	8.8.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
51.	6.8.2017		Gottesbezug in Präambel aufnehmen: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen sowie in Achtung der Freiheit des Gewissens...“
52.	29.4.2017		Recht zur freien Wahl des Bestattungsortes bei Urnenbestattungen
53.	30.7.2017		Gottesbezug in Präambel aufnehmen: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen sowie in Achtung der Freiheit des Gewissens...“
54.	28.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
55.	28.7.2017	Evangelisches Dekanat Runkel	Gottesbezug in Präambel aufnehmen: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen sowie in Achtung der Freiheit des Gewissens...“
56.	20.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
57.	20.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
58.	20.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
59.	19.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
60.	19.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
61.	18.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
62.	9.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
63.	9.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
64.	6.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

65.	6.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
66.	6.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
67.	6.7.2017	Evangelisches Dekanat Vorderer Odenwald	Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
68.	6.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
69.	5.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
70.	5.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
71.	4.7.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
72.	29.6.2017		Präambel ergänzen: <ul style="list-style-type: none"> - Bezug auf christlich-ethische Grundlagen unter Anerkennung Gottes als höchste Instanz - Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen - Friedenssicherung als allgemeine Aufgabe für alle
73.	26.6.2017		Gottesbezug aufnehmen: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen sowie in Achtung der Freiheit des Gewissens...“
74.	25.6.2017		<ul style="list-style-type: none"> - Gottesbezug aufnehmen - Deutsch als Staatssprache
75.	25.6.2017		Gottesbezug aufnehmen: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen sowie in Achtung der Freiheit des Gewissens...“
76.	25.6.2017		Gottesbezug aufnehmen: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen sowie in Achtung der Freiheit des Gewissens...“
77.	11.6.2017		Im Falle einer Änderung der Präambel, Gottesbezug aufnehmen
78.	20.4.2017		Gottesbezug ohne Nennung konkreter Religionsgemeinschaften aufnehmen
79.	23.6.2017		Präambel wie folgt formulieren: „In der Überzeugung, dass Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann und im Bewusstsein seiner Verantwortung für Frieden und Freiheit, hat sich Hessen als Gliedstaat der deutschen Republik diese Verfassung gegeben.“
80.	23.4.2017		<ul style="list-style-type: none"> - Aufnahme eines Gottesbezugs in Präambel und Eidesformel; - Verpflichtung des Landes, flüchtenden Menschen Schutz und Unterkunft zu geben und für ihre

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

			<ul style="list-style-type: none"> Integration zu sorgen; Pflicht der Neubürger zur Integration; - Freiheit von Presse/Medien erweitern; Verpflichtung von Presse/Medien, die demokratische/politische Bildung der Empfänger zu fördern; - Art. 21 (3): zusätzliche Bezugnahme auf Menschenrechte; - Eigenen Hessischen Feiertag aufnehmen z.B. Tag der Gründung des Landes; - Artikel über Urlaub überarbeiten; - Ausbau des Schienenverkehrs; - Finanzielle Ausstattung von Gemeinden/Kommunen zur Sicherstellung einer bildungstechnischen, sozialen und kulturellen Grundversorgung; - Schulen anhalten, junge Menschen demokratisch zu erziehen; - Vorgaben, dass Religionsunterricht bzw. weltanschaulicher Unterricht unbedingt verfassungskonform sein muss; - Gemeinden/Kreise/Städte anhalten, politische/demokratische Bildung zu fördern; - Modernisierung des Wahlvorgangs; - Maximal einen Monat Ausnahmezustand ermöglichen (Art. 125); - Umwelt- bzw. Klimaschutz aufnehmen; - Vorgabe, einen gewissen Prozentsatz von Flächen als Schutzgebiete auszuweisen; - Frist für vollständigen Verzicht auf fossile Energieerzeugung; Ausschluss der Atomkraft
81.	2.5.2017		Ablehnung Gottesbezug in Präambel
82.	7.5.2017		Ablehnung Gottesbezug; Abschaffung von Sonderrechten der christlichen Kirchen
83.	20.5.2017		Ablehnung Gottesbezug
84.	19.5.2017		Ablehnung Gottesbezug
85.	23.3.2017		Ablehnung Gottesbezug
86.	15.5.2017	Humanistische Gemeinschaft Hessen	Ablehnung Gottesbezug
87.	15.5.2017		Ablehnung Gottesbezug
88.	23.3.2017		Ablehnung Gottesbezug

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

89.	22.3.2017		Ablehnung Gottesbezug
90.	22.3.2017		Ablehnung Gottesbezug
91.	21.3.2017		Ablehnung Gottesbezug
92.		Humanistischer Verband Deutschlands, LV Hessen; Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten, LV Hessen	Ablehnung Gottesbezug; kein Verweis auf christlich-humanistische Tradition in Präambel
93.	4.3.2017		Ablehnung Gottesbezug
94.	4.3.2017		Ablehnung Gottesbezug
95.	17.2.2017		Ablehnung Gottesbezug; Streichung Todesstrafe; Aufnahme von Regelungen zur Einordnung des Landes Hessen in die EU und die Bundesrepublik Deutschland; Etablierung der Rechte von Homo- und Transsexuellen; Aufnahme eines Anti-Diskriminierungsartikels; Verankerung eines unabhängigen (unpolitischen) Wahlprüfungsverfahrens
96.	16.2.2017		Ablehnung Gottesbezug
97.	15.2.2017		Ablehnung Gottesbezug; Unterstützung des Vorschlags der CDU-Fraktion zur Präambel im Übrigen
98.	26.7.2017		Formulierung „Die Sprache des Bundeslandes Hessen ist Deutsch“ aufnehmen. Art. 56 Abs. 4 wie folgt formulieren: „Ziel der Erziehung ist, den jungen Menschen zur sittlichen Persönlichkeit zu bilden, den Gebrauch der deutschen Sprache zu vermitteln, usw.“
99.	28.7.2017		Deutsch als Landessprache oder Amtssprache aufnehmen
100.	15.7.2017		Deutsch als Landessprache aufnehmen
101.	4.7.2017		Aufnahme der Deutschen Sprache

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

102.	3.7.2017		Deutsch als Landessprache aufnehmen
103.	3.7.2017		Deutsche Sprache verankern und garantieren
104.	2.7.2017		Deutsch als Landessprache aufnehmen
105.	1.7.2017	Verein Deutsche Sprache e.V.	Formulierung „Die Sprache des Bundeslandes Hessen ist deutsch“ aufnehmen
106.	23.6.2017		Untersagung der Nutzung „eingeeinglishter Worte“
107.	30.6.2017		Formulierung: „Die Landessprache in Hessen ist deutsch.“
108.	28.6.2017		Deutsche Sprache in der Verfassung verankern
109.	26.6.2017		Deutsche Sprache aufnehmen
110.	29.10.2017		Deutsche Sprache aufnehmen
111.	26.6.2017		Deutsch als offizielle Sprache aufnehmen
112.	26.6.2017		Formulierung „Die Sprache der Hessen ist deutsch“ aufnehmen
113.	26.6.2017		Formulierung „Die Sprache des Bundeslandes Hessen ist deutsch“ aufnehmen
114.	23.6.2017		Formulierung „Die Sprache des Bundeslandes Hessen ist deutsch“ aufnehmen
115.	23.6.2017		Deutsch als verbindliche Sprache
116.	23.6.2017		Deutsch als verbindliche Sprache
117.	23.6.2017		Deutsch als verbindliche Sprache
118.	23.6.2017		Deutsch als verbindliche Sprache
119.	23.6.2017		Deutsche Sprache aufnehmen
120.	23.6.2017		Deutsche Sprache aufnehmen
121.	22.6.2017		Formulierung „Die Sprache des Landes Hessen ist deutsch“ oder „Die Amtssprache ist Deutsch“ oder

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

			„Die Amtssprache des Landes Hessen ist deutsch“ aufnehmen
122.	22.6.2017		Formulierung aufnehmen: „Die Sprache „Deutsch“ ist geschützt. Sie ist zu fördern und zu erhalten. Die Amtssprache ist „Deutsch““
123.	22.6.2017		Formulierung aufnehmen: „Die Amtssprache in Hessen ist deutsch“
124.	23.6.2017		Amtssprache „Deutsch“ aufnehmen; Todesstrafe streichen
125.	22.6.2017		Aufnahme der deutschen Sprache als wesentliches Merkmal
126.	26.6.2017		Landessprache „Deutsch“ aufnehmen
127.	24.6.2017		Landessprache „Deutsch“ aufnehmen
128.	24.6.2017		Landessprache „Deutsch“ aufnehmen
129.	23.6.2017		Landessprache „Deutsch“ aufnehmen
130.	23.6.2017		Landessprache „Deutsch“ aufnehmen; Ganzkörperverschleierungen verbieten
131.	22.6.2017		Landessprache „Deutsch“ aufnehmen
132.	22.6.2017		Keine Verwendung englischer Begriffe in der deutschen Sprache
133.	22.6.2017		Schutz der deutschen Sprache
134.	25.6.2017		Schutz der deutschen Sprache
135.	22.6.2017		Schutz der deutschen Sprache
136.	22.6.2017		Landessprache „Deutsch“ aufnehmen
137.	22.6.2017		Landessprache „Deutsch“ aufnehmen
138.	22.6.2017		Verwendung der deutschen Sprache vorschreiben
139.	22.6.2017		Verankerung des Gebrauchs der deutschen Sprache
140.	22.6.2017		Sprache „Deutsch“ aufnehmen

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

141.	22.6.2017		Landessprache „Deutsch“ aufnehmen
142.	7.6.2017		Landessprache „Deutsch“ aufnehmen
143.	20.4.2017		Regelung aufnehmen, dass Landessprache Deutsch ist
144.	22.6.2017		Kürzere Legislaturperioden; Förderung der deutschen Sprache
145.	13.6.2017		Aufnahme des „Tierwohls“
146.	20.4.2017		Aufnahme des Tierschutzes; Deklaration von Tieren als „Lebewesen“, nicht als „Sachen“
147.	20.4.2017		Nur unerlässliche Änderungen durch Zusatzartikel vornehmen
148.	28.2.2017		Abschaffung Todesstrafe
149.	31.1.2017		Abschaffung der Todesstrafe
150.	20.4.2017		Todesstrafe streichen; Gleichstellung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung mit übrigen Bundesländern; Offenlegung aller Einkünfte von Abgeordneten; keine Beteiligung von Lobbyisten an Gesetzgebung
151.	22.6.2017		Streichung Todesstrafe; Aufnahme Umweltschutz; Direktwahl Bürgermeister; Schutz der deutschen Sprache; Gebührenfreie Bildung für alle
152.	24.9.2016		Todesstrafe entfernen
153.	24.9.2016		Streichung Todesstrafe
154.	20.4.2017		Präambel um EU und internationalen Bezug erweitern; kein religiöser Bezug bzw. Erwähnung des christlich-humanistischen Weltbildes; Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land verankern; Abschaffung der Todesstrafe
155.	19.4.2017		Abschaffung der Todesstrafe

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

156.	19.4.2017		Abschaffung der Todesstrafe; Aufnahme des Umweltschutzes, inklusive des Schutzes der Grundwasserressourcen; Verbot von Pflanzengiften und gentechnisch veränderten Pflanzen
157.	19.4.2017		Todesstrafe streichen
158.	4.4.2017		Demokratische Bildung, selbstbestimmtes Lernen, Gestaltung der Lernumgebung
159.	3.4.2017		Demokratische Bildung, selbstbestimmtes Lernen, Gestaltung der Lernumgebung
160.	28.3.2017		Staatsziel „gleichwertige Lebensbedingungen überall in Hessen“
161.	28.3.2017 und 16.8.2017		Anmerkungen zu möglichen Änderungen in den Bereichen Abgeordnetenrechte, Amtsperiode von Regierungsangehörigen, Wahltermine, Steuerbeamte, Jugendstrafrecht, Intensivtäter, lebenslange Freiheitsstrafe, strafrechtliche Verantwortung von Aufsichtsräten und Vorstandsmitgliedern sowie „Temposündern“, Besatzungsrecht, Ärztemangel, Gewinnausschüttungen der Sparkassen, Bürgerbegehren, Bargeld, Pflicht zur Arbeit, Kampfmittel, Entschädigung der Kirchen, Kosten für Polizeieinsätze bei Fußballspielen, doppelte Staatsbürgerschaft; Spekulationsverbot für durch Steuergelder finanzierte Institutionen in Hessen; Verbot zur Führung von Adelstiteln
162.	27.3.2017		Aufnahme einer Regelung über die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen in Hessen
163.	7.3.2017	Kreistag des Landkreises Kassel	Verbindliche und auskömmliche finanzielle Ausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften in Verfassungsrang erheben
164.	6.3.2017		Aufnahme einer Regelung über die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen in Hessen
165.	3.3.2017		Aufnahme einer Regelung über die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen in Hessen
166.	21.2.2017	Junge Union Hessen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Befürwortung der Aufnahme eines Gottesbezugs in die Hessische Verfassung 2. Absenkung des passiven Wahlalters auf 18 Jahre 3. Staatsziel der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit 4. Staatszielbestimmung Kultur 5. Staatszielbestimmung Stärkung des Ehrenamtes 6. „Computer-Grundrecht“ 7. Bekenntnis zu Hessen-Löwe und Hymne 8. Stärkung der Unabhängigkeit des Hessischen Staatsgerichtshofs (HessStGH) 9. Wahlprüfung durch HessStGH

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

			<p>10. Abschaffung der Direktwahl der Landräte 11. 2,5%-Hürde bei Kommunalwahlen 12. Aufnahme der christlichen Feiertage einschließlich des Reformationstags in die Hessische Verfassung 13. Keine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre 14. Erhalt des Volksentscheids bei Verfassungsänderungen</p>
167.	16.2.2017		Beibehaltung Todesstrafe
168.	15.2.2017		Aufnahme einer Regelung über die soziale Verantwortung des Landes gegenüber seinen Beschäftigten; Regelung über kulturellen Austausch, regional und international
169.	15.2.2017		Vorschlag Präambel
170.	15.2.2017		Beibehaltung des „Geschichtsunterrichts“ in Art. 56 Abs. 5; Streichung der bisherigen Einschränkung in Satz 2 am Ende
171.	15.2.2017		Bezeichnung des Landes Hessen als „Volksstaat“
172.	9.2.2017		Befürwortung der Entgeltfreiheit für grundständige Bildung; Ablehnung eines uneingeschränkten Rechts auf unentgeltliche Bildung in der Verfassung
173.	13.11.2017	Kreistag des Landkreises Marburg Biedenkopf	Aufnahme von Kultur als Staatsziel
174.	15.6.2017		In der Verfassung des Landes Hessen soll „das Recht eines jeden Menschen auf Erwerb, Pflege und Ausübung kultureller Fähigkeiten und Fertigkeiten – musisch und/oder künstlerisch gestaltend“ festgeschrieben werden
175.	30.8.2017		Kulturelle Vielfalt, Kulturelle Bildung und Schutz von Kunst und Kultut
176.	30.8.2017		Kultur als Staatsziel aufnehmen
177.	24.8.2017	Fördergesellschaft Staatstheater Kassel	Aufnahme von Kunst, Kultur und kultureller Bildung
178.	22.2.2017	Landesvereinigung Kulturelle Bildung Hessen	Ergänzung von Art. 62a um Kunst, Kultur und kulturelle Bildung
179.	23.1.2017	Kreis- und Stadtmusikverband Fulda	Erweiterung von Art. 62a um „kulturelle Bildung“
180.	11.5.2017		Erweiterung von Art.62a um „kulturelle Bildung“; alternativ zeitgemäße Auslegung der Erziehungsziele

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

			in Art. 56 entsprechend dem kulturellen Bildungserfordernis
181.	13.1.2017	Arbeitsgemeinschaft Hessischer Musikverbände	Erweiterung von Art. 62a um „kulturelle Bildung“
182.	5.12.2016	Landesmusikrat Hessen	Ergänzung von Art. 62a um „kulturelle Bildung“
183.	18.1.2017		Begrenzung der Zugehörigkeit zum Parlament auf 2-3 Perioden und altersmäßig
184.	19.1.2017		Einführung eines Bürgersenats
185.	2.1.2017		Entfernung der Regelung über die „Schuldenbremse“
186.	20.12.2016	Landeselternbeirat Hessen	Gebührenfreie Bildung (Kitas, Lehr- und Lernmittelfreiheit, Schülerticket); Erleichterung von Volksentscheiden durch Absenkung des Quorums; Förderung des Ehrenamts als Staatsziel
187.	15.12.2016		Förderung direkter Demokratie
188.	13.12.2016		Ergänzung von Art. 56 um Formulierung: „In Staatsbürgerlicher Absicht ist das Recht auf die demokratische Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an Projekten in Bildungseinrichtungen und in der Öffentlichkeit zu gewährleisten und zu fördern.“ Auslobung eines Verfassungspreises für junge Menschen bei beispielgebenden Projekten
189.	10.12.2016		Neuer Art. 13a: Recht auf Information von öffentlichen Stellen; Neufassung Art. 56, wie von FDP-Fraktion vorgeschlagen; Religiöse Erziehung obliegt Eltern und findet nicht in der Schule statt; Ergänzung Art. 55 um Abs. 2, wie von Fraktion Die Linke vorgeschlagen
190.	2.12.2016	Hessische Staatskanzlei	Ergänzung von Art. 120, dass das Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Hessen nach Maßgabe eines Gesetzes auch in elektronischer Form geführt werden kann
191.	24.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
192.	21.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
193.	21.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
194.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
195.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
196.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
197.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

198.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
199.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
200.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
201.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
202.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
203.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
204.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
205.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
206.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
207.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
208.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
209.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
210.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
211.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
212.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
213.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
214.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
215.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
216.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
217.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
218.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
219.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
220.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
221.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
222.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
223.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
224.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
225.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
226.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
227.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
228.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

229.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
230.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
231.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
232.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
233.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
234.	20.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
235.			Aufnahme von Kinderrechten
236.	19.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
237.	19.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
238.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
239.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
240.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
241.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
242.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
243.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
244.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
245.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
246.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
247.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
248.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
249.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
250.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
251.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
252.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
253.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
254.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
255.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
256.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
257.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
258.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
259.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

260.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
261.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
262.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
263.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
264.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
265.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
266.	15.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
267.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
268.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
269.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
270.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
271.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
272.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
273.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
274.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
275.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
276.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
277.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
278.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
279.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
280.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
281.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
282.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
283.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
284.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
285.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
286.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
287.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
288.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
289.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
290.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

291.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
292.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
293.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
294.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
295.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
296.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
297.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
298.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
299.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
300.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
301.	12.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
302.	10.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
303.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
304.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
305.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
306.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
307.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
308.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
309.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
310.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
311.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
312.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
313.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
314.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
315.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
316.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
317.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
318.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
319.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
320.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
321.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

322.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
323.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
324.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
325.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
326.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
327.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
328.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
329.			Aufnahme von Kinderrechten
330.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
331.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
332.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
333.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
334.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
335.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
336.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
337.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
338.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
339.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
340.			Aufnahme von Kinderrechten
341.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
342.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
343.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
344.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
345.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
346.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
347.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
348.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
349.			Aufnahme von Kinderrechten
350.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
351.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
352.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

353.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
354.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
355.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
356.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
357.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
358.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
359.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
360.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
361.	9.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
362.	8.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
363.	8.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
364.	8.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
365.	8.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
366.	8.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
367.	7.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
368.	7.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
369.	7.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
370.	7.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
371.			Aufnahme von Kinderrechten
372.	7.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
373.	7.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
374.	7.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
375.	7.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
376.	6.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
377.	6.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
378.	5.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
379.	3.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
380.	3.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
381.	3.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
382.	2.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
383.	1.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

384.	2.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
385.	1.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
386.	1.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
387.	30.8.2017		Aufnahme von Kinderrechten
388.	1.9.2017		Aufnahme von Kinderrechten
389.	28.8.2017		Aufnahme von Kinderrechten
390.	22.8.2017		Aufnahme von Kinderrechten
391.	20.8.2017		Aufnahme von Kinderrechten
392.	20.8.2017		Aufnahme von Kinderrechten
393.	17.8.2017		Aufnahme von Kinderrechten
394.	1.8.2017		Aufnahme von Kinderrechten
395.	27.7.2017		Aufnahme von Kinderrechten
396.	25.7.2017		Aufnahme von Kinderrechten
397.	24.7.2017		Aufnahme von Kinderrechten
398.	22.7.2017		Aufnahme von Kinderrechten
399.	20.7.2017		Aufnahme von Kinderrechten
400.	20.7.2017		Aufnahme von Kinderrechten
401.	19.7.2017		Aufnahme von Kinderrechten
402.	18.7.2017		Aufnahme von Kinderrechten
403.	18.7.2017		Aufnahme von Kinderrechten
404.	3.7.2017		Aufnahme von Kinderrechten
405.	6.6.2017		Aufnahme von Kinderrechten
406.	25.11.2016		Aufnahme von Kinderrechten
407.	26.4.2017		Stärkung von Kinderrechten
408.	2.12.2016		Aufnahme einer Regelung zur Gleichberechtigung von Mann und Frau wie im Grundgesetz
409.	2.12.2016		Aufnahme einer Regelung zur Gleichberechtigung von Mann und Frau wie im Grundgesetz
410.	30.10.2016		Verankerung von Rechten der nationalen Minderheiten in Hessen; Minderheitenschutzregelung für Parteien nationaler Minderheiten bei Kommunal- und Landtagswahlen
411.	30.10.2016		Ablehnung einer 2,5% Sperrklausel bei Kommunalwahlen
412.	24.9.2016		Passives Wahlalter bei 21 Jahren belassen
413.	24.9.2016		Abschaffung „Schuldenbremse“

**Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ – von externer Seite an die Enquetekommission
herangetragene Vorschläge**

414.	17.9.2016		Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums genauer beschreiben; keine Studiengebühren oder Beiträge (direkt oder indirekt) des Studenten
415.	6.9.2016	Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen	Staatsziel Förderung und Schaffung angemessenen Wohnraums; Staatsziel Förderung und Pflege der Baukultur; Stärkung des Ehrenamts innerhalb der funktionalen Selbstverwaltung
416.	17.8.2016	Deutscher Juristinnenbund	Verankerung der Chancengleichheit von Frauen und Männern; Änderung der Art. 30 Abs. 2 und 33 Abs. 2